

Präs: 30. Jan. 2003 Nr.: 2051/J-BR/2003

**A n f r a g e**

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Christoph Hagen und Ilse Giesinger)

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Besteuerung von Pensionsabfindungen

Der Vorarlberger Landtag sich hat mit Entschließung vom 13. November 2002 dafür ausgesprochen, dass Pensionsabfindungen von Grenzgängern in das System einer Mitarbeitervorsorgekasse überführt werden können und analog dazu besteuert werden. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass eine steuerliche Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern im Inland und Grenzgängern auf Grund unterschiedlicher Pensions- bzw. Abfertigungssysteme vermieden wird.“

In dem dieser Entschließung zugrund liegenden Antrag wurde darauf hingewiesen, dass durch die mit Wirkung vom 1. Jänner 2001 vorgenommene Änderung Pensionsabfindungen wesentlich höher besteuert werden als bisher. Da aus Vorarlberg rund 12.000 Grenzgänger in der Schweiz und in Liechtenstein als Pendler ihrer Arbeit nachgehen, sei diese Änderung wie in keinem anderen Bundesland von besonderer Relevanz und bedürfe daher auch deutlicher Signale der Landespolitik, dass diese damit nicht einverstanden ist. Sollte mit dieser steuerlichen Neuregelung der Arbeitsstandort Schweiz und Liechtenstein unattraktiver gemacht werden, würde sich diese Zielsetzung für das Land kontraproduktiv auswirken, da das Grenzgängerwesen in die Schweiz und nach Liechtenstein den Vorarlberger Arbeitsmarkt wesentlich entlastet und zur niedrigen Arbeitslosenquote beigebracht habe bzw. beitrage

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

**A n f r a g e :**

In welcher Weise werden Sie der Forderung des Vorarlberger Landtages Rechnung tragen?

